economiesuisse

Energieticker: News und Einordnung

Eine Energiemangellage im vergangenen Winter war ein realistisches Szenario, das wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abwenden mussten. Für die Schweizer Volkswirtschaft wäre eine solche Mangellage verheerend. Im Energieticker gibt economiesuisse Antworten auf aktuelle Fragen und ordnet neue Entwicklungen aus Sicht der Wirtschaft ein.

19.03.2024: Gasversorgung - Solidaritätsabkommen unter Dach und Fach

Während eines Arbeitsbesuchs in Berlin hat Bundesrat Albert Rösti am 19. März ein Solidaritätsabkommen im Gasbereich mit den Nachbarstaaten Deutschland und Italien unterzeichnet. Darin sichern sich die drei Länder im Notfall, nachdem alle inländischen Massnahmen ausgeschöpft sind, gegenseitige Gaslieferungen zu. Während dem Winter 2021 kam ein solches Abkommen im Zuge der akuten Energiekrise erstmals auf die Agenda. Mit dem Abschluss hat die Schweiz nun eine weitere Voraussetzung für die Stärkung der kurzfristigen Versorgungssicherheit geschaffen.

7.3.2024: Ständerat will den Bund beauftragen, die künftige Rolle der Kernkraft sowie einen Weiterbetrieb der bestehenden Kraftwerke zu prüfen.

Der Ständerat hat in der Frühjahrssession mit deutlicher Mehrheit ein wichtiges Postulat von Thierry Burkart angenommen. Der Bundesrat wird damit aufgefordert, zu zeigen, was getan werden muss, damit die Schweizer Kernkraftwerke in einen Langzeitbetrieb gehen können. Die bestehenden Kernkraftwerke sind unabdingbar für unsere Versorgungssicherheit, insbesondere in den kritischen Wintermonaten. Deshalb müssen die Voraussetzungen für einen Langzeitbetrieb geschaffen werden. Ein Bericht, der die Basisfakten hierfür zusammenträgt und die regulatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Langzeitbetrieb aufzeigt, ist dringlich und erwünscht. Auch soll der Bundesrat aufzeigen, wie sich der Strommix in der Schweiz entwickelt und wie viele Stromerzeugungsanlagen bis 2030 aufgebaut werden müssen. Dabei soll auch der Neubau von Kernkraftwerken ein mögliches Szenario sein, falls der Ausbau anderer emissionsarmer Kapazitäten zu langsam vorankommt. Dies begrüsst die Wirtschaft ebenfalls, denn angesichts der veralteten Prämissen der Energiestrategie 2050 ist es sinnvoll, den Strommix und die Produktionskapazitäten bis Ende dieses Jahrzehnts neu zu evaluieren.

31.01.2024: Freiwilliges Winter-Gassparziel in Reichweite

Der Bund zeigt sich optimistisch, dass das freiwillige Gassparziel von minus 15% im Vergleich zu 2021 erneut erreicht wird. Rund 71% der relevanten Mengen seien bereits eingespart worden. Ausschlaggebend sei vor allem der bisher milde Winter. Wie im letzten Winter dürften allerdings auch die Bemühungen der Schweizer Industrie Früchte getragen haben. Der zweite Sektor verbraucht etwa 35% des Gases in der Schweiz, hinzu kommen rund 22% Verbrauch im Dienstleistungsbereich. Dank Effizienzmassnahmen und dem Einsatz von Zweistoffbrennern konnte dieser Hebel bereits im vergangenen Winter erfolgreich für die Stärkung der Versorgungssicherheit genutzt werden.

19.01.2024: Krieg und Klimawandel haben die Spielregeln des Energiemarktes verändert.

Seit Jahren ist das energiepolitische Mantra der Wirtschaft sehr einfach: Sauber, preisgünstig und ausreichend vorhanden muss die Energie sein, damit der Werk- und Arbeitsplatz Schweiz attraktiv bleibt. Der Weg zu diesem Ziel ist jedoch holprig und in jüngster Vergangenheit hat sich die Zahl der Schlaglöcher markant erhöht: Zwar ist wieder Bewegung im Europadossier, aber der Anschluss ans Europäische Stromnetz und Winterimporte sind noch nicht gesichert. Zudem ist die Versorgungssicherheit mit sauberem Strom ein unabdingbares Ziel. Lesen Sie mehr dazu im Blogbeitrag.

18.01.2024: Massnahmen zur Senkung des Verbrauchs von elektrischer Energie im

Schienenverkehr

Eine gesellschaftlich und wirtschaftlich extrem schädliche Strommangellage muss unter allen Umständen durch ausreichende Stromproduktion verhindert werden. Sollte sie schlimmstenfalls doch eintreten, braucht es Vorkehrungen, um nachgelagerte Versorgungskrisen zu verhindern. Das betrifft u.a. den Verkehr: Die Aufrechterhaltung der Mobilität von Gütern und Personen in einer Strommangellage und die gleichzeitige Beteiligung des öffentlichen Verkehrs an den verbrauchsseitigen Einsparungen ist herausfordernd. Der Verordnungsentwurf stellt unseres Erachtens eine gute Grundlage dar, um die gegenläufigen Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen. Die Abstimmung auf die übrigen Krisenmassnahmen des Bundes könnte jedoch noch verbessert werden. Mehr dazu in unserer Stellungnahme.

17.01.2024: Energiemangellage - Gasabkommen mit Deutschland und Italien mindert Risiko, eliminiert es aber nicht

Am Rande des World Economic Forum in Davos stellten die Bundesräte Rösti und Parmelin den baldigen Abschluss eines Gas-Abkommens mit Deutschland und Italien in Aussicht. Dieses Abkommen soll die Versorgung der Schweiz im Krisenfall zusätzlich absichern. Die Vertragspartnerinnen sollen im Gegenzug Gewährleistungen für den Gastransit durch die Schweiz erhalten. Sollte die Unterzeichnung wie geplant im März erfolgen, wäre dies ein weiterer wichtiger Beitrag an die künftige Notfallversorgung der Schweiz im Winter. Das Risiko Energiemangellagen verschwindet damit jedoch nicht. Um es nachhaltig einzudämmen, führt kein Weg an einem schnellen Ausbau der inländischen Stromproduktion vorbei.

09.01.2024: Frankreich setzt auf Erneuerbare und noch mehr Kernkraft

Frankreich hat kürzlich die Ambition zum Ausbau der Kernkraft bekräftigt. Für 2050 sind gemäss Energiewendeministerin Agnès Pannier-Runacher acht zusätzliche Reaktoren notwendig, wie der Sender France Info berichtete. Der Ausbau könne herkömmliche oder auch neue, modulare Kernkraftwerke umfassen. Gleichzeitig treibt Frankreich aber auch den Ausbau der Erneuerbaren voran und betont, dass Erneuerbare und Kernkraft nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften. Frankreich zeigt damit: Für Versorgungssicherheit und Klimaschutz braucht es viel von allen sauberen Technologien.

04.12.2023: An der COP28 fordert eine Allianz aus über 20 Staaten den Ausbau der Atomkraft

An der zurzeit stattfindenden Klimakonferenz COP 28 in Dubai wird nach internationalen Lösungen gesucht, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter deutlich unter zwei Grad Celsius zu halten, möglichst aber auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dazu notwendig sind sicher einerseits konkrete Ausstiegsdaten aus den fossilen Energien und andererseits ein Umbau hin zu einem weltweiten klimaneutralen Stromversorgungssystem. Während sich die Staatengemeinschaft bislang mit Ausstiegsdaten schwertat, gibt es an der aktuellen Konferenz Initiativen für eine klimaneutrale Stromproduktion zu verzeichnen. Bislang haben sich bereits über 120 Staaten dem Vorhaben angeschlossen, ihre Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen bis 2030 zu verdreifachen. Ein wichtiger und richtiger Schritt. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist prioritär für eine dekarbonisierte Gesellschaft. Zusätzlich hat sich eine Gruppe von über 20 Staaten zum Ausbau der Kernkraft bekannt. Darunter befinden sich zahlreiche europäische Länder wie Frankreich und das Vereinigte Königreich, aber auch die USA, Kanada und Japan. Die Stromproduktion aus Kernkraft soll massiv gesteigert werden. Ziel dieser Staaten ist es, die Kapazitäten bis 2050 im Vergleich zum Jahr 2020 zu verdreifachen. Dabei wurden als Begründung Erkenntnisse aus der Wissenschaft genannt, wonach Klimaneutralität bis 2050 ohne Kernkraft nicht erreichbar sei. Es zeigt sich dabei langsam ein internationaler Konsens, dass wir für den Umbau hin zu einer CO2-freien Gesellschaft jegliche Optionen nützen sollten. Dies gilt auch für die Schweiz.

24.11.2023: OSTRAL-Registrierung von Multi-Site-Verbrauchern

Im Fall einer Strommangellage können Grossverbraucher mit Standorten in verschiedenen Verteilnetzen in der Schweiz (Multisite-Kunden) die ihnen zugeteilten Kontingente eigenverantwortlich summieren und verteilnetzübergreifend verwenden. Dafür müssen sie sich vorgängig beim Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE registrieren. Der VSE wurde vom Bund am 17. November verpflichtet, den Prozess für die Registrierung einzurichten und abzuwickeln. Die Registrierung für Multi-Site-Kunden ist ab sofort möglich. Hier finden Sie den Zugang sowie allen weiteren relevanten Informationen des Bundes.

21.11.2023: Der Axpo Power Switcher zeigt - Für eine günstige und sichere Energiewende braucht es Kernkraft

Für eine sichere, saubere und günstige Stromversorgung braucht es insbesondere im Winter viel von allen Energieträgern. Der neue Powerswitcher der Axpo liefert die Zahlen dazu. Klares Fazit in der NZZ: Will man trotz Landschaftsschutz eine verlässliche Stromversorgung, ohne sich auf hohe Importe von Strom oder Wasserstoff zu verlassen, kommt man um neue Kernkraftwerke nicht herum. Auch für economiesuisse ist klar: Wir müssen ernsthaft über Kernenergie

sprechen. Das Technologieverbot muss fallen.

04.10.2023: Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung definiert neue Spielregeln für den Fall einer Strommangellage

Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung hat am 29. September über die Vorkehrungen für den Ernstfall einer Strommangellage im kommenden Winter informiert. Im Vergleich zum bisherigen Dispositiv gibt es aus Sicht der Unternehmen einige Verbesserungen. Der Kontingenthandel steht weiterhin als Instrument zur Verfügung um Betriebsschliessungen und Produktionsausfälle zu verhindern. Die Flexibilität für sogenannte «Multi-sites» wurde jedoch erhöht, Grossverbraucher mit mehreren Standorten können ihre Kontingente freier einsetzen. Ebenso wird die Handelsplattform «mangellage.ch» weiterhin den frühzeitigen Tausch von Kontigenten ermöglichen. Darüber hinaus wurden die Verbrauchsbeschränkungen, die der Kontingentierung vorausgehen, stärker ausdifferenziert. Dies erlaubt eine gezieltere Intervention je nach Lage.

01.10.2023: Hohe Ziele, harzige Umsetzung in der Energie- und Klimapolitik

Im Klima- und Energiebereich stehen grosse Herausforderungen an: Bis 2050 müssen wir unsere Stromproduktion verdoppeln und die Treibhausgasemissionen vier Mal schneller absenken als bisher. Das Parlament hat in der soeben zu Ende gegangenen, letzten Session vor den Wahlen zwei grosse Brocken aus diesen Bereichen beraten: Den Mantelerlass im Strombereich und das CO2-Gesetz. Mehr dazu im Blog.

12.09.2023: Neue Studie zeigt: Kernkraft würde die Energiewende sicherer und günstiger machen – auch in Zukunft

Für eine verlässliche, klimaneutrale und wirtschaftliche Stromversorgung braucht es insbesondere im Winter «viel von allem» – Erneuerbare und Kernkraft können eine wichtige Rolle spielen. Im Auftrag von economiesuisse hat das Energy Science Center der ETH Zürich entsprechende Szenarien berechnet. Längere KKW-Laufzeiten senken die Kosten des Energiesystems um etwa 11 Milliarden Franken und entschärfen die Winterstromlücke. In einem Szenario mit zusätzlich einem neuen KKW nach 2040 würde die Versorgungssicherheit weiter gestärkt. Mehr dazu in der Medienmitteilung.

05.09.2023: Massive Steigerung der Stromtarife für 2024

Ende August mussten die rund 600 Schweizer Verteilnetzbetreiber ihre Stromtarife für das nächste Jahr bekannt geben. Nun ist klar, auch 2024 werden die Strompreise erneut steigen. Im nächsten Jahr steigen die Strompreise für Schweizer Haushalte und für die kleinen und mittleren Unternehmen in der Grundversorgung im Mittel um rund 18 Prozent. Bereits für das laufende Jahr hatte es einen starken Anstieg von rund 27 Prozent (Medianwert) gegeben. Während ein typischer Haushalt 2022 noch 21.18 Rp./kWh bezahlte, sind es im kommenden Jahr 32.14 Rp./kWh. Somit haben die Haushalte und die KMU zwischen 2022 und 2024 eine Preissteigerung um mehr als 50 Prozent zu verkraften. Hinzu kommt, dass die Unterschiede lokal beträchtlich ausfallen können. Als Gründe der Preissteigerung werden von der ElCom die angestiegenen Strommarktpreise, die Kosten für die Winterreserve sowie die angehobene Kapitalverzinsung für Netze (sog. WACC) genannt. Es ist klar, dass sich solch starke Preissteigerungen negativ auf den Geschäftsverlauf der Unternehmen auswirken und die Kaufkraft der Haushalte schmälern. Als Gegenmittel für weitere künftige Preissteigerungen sollten endlich der Strommarkt vollständig liberalisiert und in der Schweiz möglichst viele neue Produktionskapazitäten zugebaut werden.

24.08.2023: Das Energie-Bulletin von economiesuisse

Das «Energie Bulletin» von economiesuisse zeigt, wie es aktuell um die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Stromversorgung steht. Auf einer Skala von «Alarmstufe 1» (günstige Rahmenbedingungen) bis «Alarmstufe 5» (Bedrohung der Rahmenbedingungen) gibt das Bulletin einen Überblick über den Stand der Rahmenbedingungen. Aktuell verortet economiesuisse die Rahmenbedingungen bei «Alarmstufe 4» und beurteilt sie damit als sehr problematisch.

28.07.2023: Analyse der ElCom empfiehlt für 2030 noch grössere Reservekapazitäten

Die ElCom hat eine aktualisierte Analyse zur mittel- bis längerfristigen Stromversorgungssicherheit präsentiert. Für das Jahr 2025 kommt es im aktualisierten Referenzszenario in keiner der Simulationen zu Versorgungsproblemen und auch im Stressszenario treten in den meisten Simulationen keine Knappheiten auf, auch wenn sie nicht komplett auszuschliessen sind. Die ElCom empfiehlt bis 2025 eine Reservekapazität im Umfang von mindestens 400 Megawatt. Für den längerfristigen Ausblick für 2030 empfiehlt die ElCom eine erhöhte Reservekapazität von 700 bis 1400 Megawatt, und dies, obwohl KKW-Laufzeiten von 60 Jahren angenommen wurden. Gerade wegen der grossen Unsicherheiten über das Ausmass und vor allem der Geschwindigkeit des Ausbaus der Erneuerbaren ist, gemäss ElCom, eine solche Versicherung nötig. Die Analysen der ElCom führen uns damit erneut die

Dringlichkeit des Zubaus von Stromkapazitäten in der Schweiz vor Augen. Auch wenn die Politik mit dem Solar-Express, der Windbeschleunigungsvorlage und dem Mantelerlass Entscheide gefällt hat, welche in die richtige Richtung führen, reichen diese bei Weitem nicht aus. Die Politik muss sich dringend um Anschlusslösungen für den Ausbau der Erneuerbaren kümmern und sich gleichzeitig auch über die Laufzeiten der KKW Gedanken machen.

17.07.2023: Auch Vispertal Solar wird um etwa die Hälfte redimensioniert

Der Weg zu mehr erneuerbarem Winterstrom ist steinig. Nach «Gondosolar» und «Grengiols-Solar» gerät ein weiteres Grossprojekt für die Nutzung alpiner Sonnenenergie in Bedrängnis: «Vispertal Solar» soll gemäss Zeitungsberichten nur circa halb so gross werden, wie ursprünglich geplant. Bisher umfasste das Vorhaben rund 800'000 Solarmodule auf fast sechs Quadratkilometern Fläche. Das gesamte Investitionsvolumen sollte 1,5 Milliarden Franken betragen und 1,44 Terrawattstunden Strom liefern, insbesondere im Winter. Wesentlicher Grund für die Verkleinerung ist der fehlende Anschluss an das Hochspannungsnetz. Dieses kann nur mit enormer Verzögerung ausgebaut werden. Die Verstärkung bestehender Leitungen dauert mindestens sechs Jahre, eine neue Leitung mindestens 15 Jahre.

06.07.2023: Besuch von Bundesrat Albert Rösti in Rom: MoU stärkt die Gasversorgung im Notfall

Im Rahmen des Arbeitsbesuchs von Bundesrat Albert Rösti in Rom unterzeichneten die Schweiz und Italien ein Memorandum of Understanding zur Gasversorgungssicherheit. Dieses garantiert die Umsetzung eines Handelsabkommens zwischen der Schweizer Energieplattform OpenEP und dem italienischen Unternehmen ENI. Wäre die Gaszufuhr aus Deutschland im Falle einer Energiemangellage unterbrochen, würde damit die Versorgung durch Importe aus Italien sichergestellt. Somit dient die Vereinbarung unserer Versorgungssicherheit.

17.05.2023: Grengiols-Solar – von der grossen Euphorie über das Pionierprojekt bleibt nicht viel übrig – das Projekt wird 20x kleiner als geplant.

Im vergangenen Jahr war das Projekt «Grengiols-Solar» in aller Munde. Mit der im Parlament beschlossenen Solaroffensive wurde im gleichen Atemzug auch immer wieder das Projekt «Grengiols-Solar» als Leuchtturmprojekt genannt. Auf einer Fläche von 5,6 Quadratkilometern wollte man Solarzellen montieren, die pro Jahr 2,4 TWh Strom liefern, wovon 40 Prozent in den für die Versorgungssicherheit kritischen Wintermonaten anfallen. Die Winterproduktion ist der grosse Vorteil

von Solarprojekten in den Alpen, weil dort der Winteranteil viel grösser ist als beispielsweise auf den Hausdächern im Mittelland. Am 15. Mai 2023 wurde kommuniziert, dass das Projekt nur einen Bruchteil des möglichen Potenzials ausschöpfen kann. Neu sollen es nur noch 0,11 TWh (oder 110 GWh) sein, davon noch 46 GWh im Winter. Als Gründe werden der rechtliche Rahmen und der Faktor Zeit genannt. Mit engen rechtlichen Rahmenbedingungen steht sich die Schweiz selbst auf den Füssen bei der Energiewende und gefährdet die Versorgungssicherheit.

08.05.2023: Die Solarenergie wird künftig ein zentraler Pfeiler sein.

Die Schweiz steht vor einer Herausforderung: Bis 2050 muss sie ihre Stromversorgung verdoppeln. Alexander Keberle erläutert in einem Interview, welche Rolle die Solarenergie in der Schweiz dabei spielt.

04.05.2023: Auch die Windenergie soll beschleunigt ausgebaut werden

Die Energiekommission des Ständerates hat sich heute einstimmig für die Windbeschleunigungsvorlage ausgesprochen. Weit fortgeschrittene Windenergie-Projekte sollen damit rasch umgesetzt werden können. Dieser Entscheid ist äusserst erfreulich und wichtig. Die Beschleunigung ermöglicht schon bald die Produktion von zusätzlichem und grünem Strom. Das beschleunigte Verfahren soll für Windenergie-Projekte die von nationalem Interesse sind zur Anwendung kommen – und nur, bis eine zusätzliche Leistung von 600 MW installiert ist. Zusammen mit der Solaroffensive vom letzten Jahr, und dem geplanten Ausbau der Wasserkraft im Mantelerlass, macht die Schweiz damit vorwärts beim raschen Zubau von erneuerbaren Energien. Das ist wichtig, denn um die Energieziele zu erreichen, muss die Schweiz die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien bis 2050 verdoppeln. Windparks leisten zudem auch im Winter einen wichtigen Beitrag und tragen so zur Versorgungssicherheit in den kritischen Monaten bei. Die Beschleunigung soll gemäss Kommission nur zur Anwendung kommen, wenn die betroffenen Gemeinden dem Windenergie-Projekt im Rahmen der Nutzungsplanung zugestimmt haben.

21.04.2023: Das Gas-Einsparungsziel wurde diesen Winter übertroffen, gerade auch dank der Wirtschaft – nun muss der Mantelerlass zügig verabschiedet werden.

Die Bundesräte Albert Rösti und Guy Parmelin haben zusammen mit Vertretern von Kantonen, Städten und Gemeinden, der Wirtschaft und der Energiebranche Bilanz zur Energiespar-Initiative im Winter 2022/23 gezogen. Das freiwillige Gas-

Einsparungsziel von 15 Prozent wurde mit einem Rückgang um 23 Prozent klar übertroffen. Einen Grossteil zu diesem Rückgang trugen die Unternehmen bei. Etwa 60 Prozent der rund 800 Betreiber von Zweistoffanlagen haben von Gas auf Heizöl umgeschaltet. Das Stromsparziel von zehn Prozent hingegen wurde mit einem Rückgang von vier Prozent klar verfehlt. Nebst der Energiespar-Initiative haben auch das warme Wetter im Winter und die hohen Energiepreise zu den Einsparungen beigetragen.

Mit Blick auf den nächsten Winter konnte keine Entwarnung gegeben werden. Die Lage bleibt für den nächsten Winter und auch die Jahre danach weiterhin angespannt und ist mit verschiedenen Unsicherheiten behaftet. Deswegen sollen die Sparanstrengungen weitergeführt und die Vorsorgemassnahmen weiterentwickelt werden, um eine Energiemangellage zu verhindern. Mittelfristig kann man den Unsicherheiten nur mit einem raschen Zubau an klimaneutralen Produktionskapazitäten entgegnen. Deshalb ist nun in einem ersten Schritt wichtig, dass der Mantelerlass rasch vom Parlament verabschiedet wird. Partikularinteressen und ideologische Grundhaltungen sind hier fehl am Platz. Es braucht ein gemeinsames und pragmatisches Vorgehen, damit wir möglichst rasch die notwendigen Kapazitäten bereitstellen können.

05.04.2023: Bundesrat setzt bei den Rahmenbedingungen zur Gasversorgung auf Kontinuität

Die Schweiz verfügt über kein Gasversorgungsgesetz. Aus diesem Grund musste der Bundesrat die vorsorgliche Gasbeschaffung und die Vorbereitung einer allfälligen Mangellage im vergangenen Jahr mit einer speziellen Verordnung regeln. Diese Regelung hat sich bewährt, weshalb der Bundesrat nun auf eine Ersatzlösung in Form eines dringlichen Bundesgesetzes verzichtet. Die geltende Verordnung wird bis September 2024 verlängert. Diese Kontinuität kommt den Schweizer Unternehmen entgegen und erhöht die Planungssicherheit. Trotzdem braucht die Schweiz mittel- bis langfristig klare Regeln für den Gasmarkt. Der Bundesrat führt bis Ende April deshalb eine Aussprache zu einem künftigen Gasversorgungsgesetz.

15.03.2023: Durchzogenes Fazit zu den Entscheiden des Nationalrats beim Mantelerlass

Heute hat der Nationalrat zum Energie-Mantelerlass beraten. Bezüglich der Interessensabwägung zwischen Nutz- und Schutzinteressen hat er den ursprünglich sehr ambitionierten Weg der ständerätlichen Energiekommission zwar etwas abgeschwächt, dennoch scheint sich hier nun ein mehrheitsfähiger Kompromiss abzuzeichnen. Ein klareres Bekenntnis zu den Nutzinteressen und somit zum Ausbau der erneuerbaren Energien wäre wünschenswert gewesen. Die 15 Wasserkraftprojekte vom «runden Tisch» sollen aber schnell realisiert werden – dieses Interesse soll anderen Interessen von nationaler Bedeutung grundsätzlich vorgehen. Damit kann die Versorgungssicherheit im Winter gestärkt

werden. Wichtig bei der Förderung der Erneuerbaren ist, dass der Netzzuschlag von aktuell 2,3 Rappen pro Kilowattstunde nicht erhöht wird, da die Kunden bereits genügend belastet werden. Die vollständige Strommarktöffnung fand nun leider auch im Nationalrat keine Mehrheit, hingegen befürwortet er zumindest die Liberalisierung des Messwesens. Neu will der Nationalrat Effizienzzielvorgaben für Elektrizitätslieferanten einführen. Effizienz ist zwar wichtig, aber mit den Zielvereinbarungen gäbe es ein besseres Instrument, dass man ausbauen sollte. Schliesslich will der Nationalrat deutlich am Technologieverbot für neue Kernkraftwerke und damit an Denkverboten festhalten. Der Bau neuer Kernkraftwerke bleibt damit in der Schweiz weiterhin verboten. In der Gesamtabstimmung hat der Nationalrat das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien mit 104 zu 54 Stimmen bei 33 Enthaltungen angenommen – das Geschäft geht damit zurück in den Ständerat.

03.03.2023: Der Bundesrat hat die Massnahmen für den Fall einer Strommangellage angepasst

Heute hat sich der Bundesrat auf Basis der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung zu den Massnahmen für den Fall einer Strommangellage geäussert. Einige Kritikpunkte und Anpassungsvorschläge wurden bei der Überarbeitung der Verordnungsentwürfe aufgenommen. Bei einer Kontingentierung sind aber Ausnahmeregelungen weiterhin grundsätzlich nicht vorgesehen und die Kontingentierung beschränkt sich nur auf die Gruppe der Grossverbraucher (Jahresverbrauch über 100 MWh). Auch bei der Bestimmung der Referenzmenge hat der Bundesrat keine Anpassungen vorgenommen, womit beispielsweise Unternehmen, die Strom sparen, einen Nachteil erleiden. Die Weitergabe von Kontingenten wird zwar in Aussicht gestellt, aber die dringend notwendige Verbindlichkeit fehlt. Der Bundesrat will die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren fortführen. Es ist äusserst wichtig, dass hier Lösungen gefunden werden, denn ein umfassender Kontingenthandel ist für die Wirtschaft essenziell. Immerhin soll eine schweizweite Lösung für Unternehmen mit Betriebsstätten in unterschiedlichen Verteilnetzen im Winter 2023/24 eingeführt werden. Zudem sollen stationäre Notstromgruppen während der Kontingentierung und Netzabschaltungen von den betroffenen Endverbrauchern ohne zeitliche Beschränkung eingesetzt werden können, was ebenfalls begrüsst wird. Die nun veröffentlichten Massnahmen werden gemäss Bundesrat weiterentwickelt. Sie werden zum Zeitpunkt einer Mangellage der Situation angepasst und vom Bundesrat in Form von Verordnungen in Kraft gesetzt.

23.02.2023: Die Energiekommission des Nationalrats hat ihre Beratungen zum Mantelerlass abgeschlossen

Die Kommission hat die Rahmenbedingungen für die priorisierten Wasserkraftprojekte definiert. Wichtig dabei ist, dass das Interesse an ihrer

Realisierung anderen Interessen von nationaler Bedeutung grundsätzlich vorgehen soll. Auch bei Solar- und Windenergieanlagen im nationalen Interesse soll ein überwiegendes Interesse bejaht werden. Damit ist zu hoffen, dass der Ausbau an erneuerbaren Energien in der Schweiz Fahrt aufnehmen kann. Begrüssenswert ist auch, dass der Netzzuschlag von 2.3 Rappen pro Kilowattstunde nicht erhöht werden soll. Somit werden die Endverbraucher und Endverbraucherinnen nicht noch stärker belastet. Leider hat die Kommission die vollständige Strommarktöffnung abgelehnt und damit eine weitere Chance verpasst. Zumindest hat sich eine knappe Mehrheit für die Liberalisierung des Messwesens ausgesprochen, was einer verstärkten Digitalisierung der Stromnetze dienlich ist. Ferner sollen für Speicheranlagen ohne Endverbrauch günstigere Rahmenbedingungen geschaffen werden, was erfreulich ist. Sie sollen unbefristet vom Netzentgelt befreit werden. Der Mantelerlass wird damit in der Frühjahrssession im Nationalrat behandelt werden können.

31.01.2023: Lässt sich eine Strommangellage im Winter künftig verhindern, indem die Industrie ihren Verbrauch drosselt?

Das BFE soll prüfen, ob eine Verbrauchsreserve die Stromversorgungssicherheit stärken kann. Unser Mitarbeiter Lukas Federer und Co-Autor Marius Schwarz (Senior Researcher, Energy Science Center ETH Zürich) sind dieser Frage bereits nachgegangen. Die kurze Antwort lautet: «Ja, aber». Eine Verbrauchsreserve ist ein ergänzendes Instrument für die Winterreserve, das unter Umständen die Gesamtkosten reduzieren kann. Allerdings braucht es eine kluge Ausgestaltung und weiterhin zusätzliche Reserveproduktion, um Lücken zu verhindern. Auf jeden Fall sollte das Potenzial von solchen nachfrageseitigen Interventionen nicht liegengelassen werden. Mehr dazu.

27.01.2023: Was ist die günstigste Stromerzeugung?

Emissionsarme Technologien wie Wind-, Wasser-, Solar- und Kernkraft weisen generell das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis für den Ausbau der Stromproduktion auf. Welche Technologie genau welchen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten kann ist hochkomplex und abhängig vom Einzelfall. Die Politik sollte sich darauf fokussieren, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und Kosteneffizienz sicherzustellen, nicht spezifische Technologien zu fördern. Lesen Sie mehr dazu im Blog.

25.01.2023: Bundesrat hat die Winterreserveverordnung in Kraft gesetzt

Der Bundesrat hat die Winterreserveverordnung per 15. Februar 2023 in Kraft gesetzt. Damit werden die darin enthaltenen Bestimmungen bereits in diesem Winter wirksam sein. Mit der Winterreserveverordnung wird der Einsatz der Wasserkraftreserve, der Reservekraftwerke, der Notstromgruppen und der WKK-Anlagen zur Absicherung der Stromversorgung im Winter geregelt. Die Endverbraucher werden dafür während drei Jahren mit zusätzlichen Kosten von 1,2 Rappen pro Kilowattstunde belastet. Die Verordnung ist befristet bis 2026 und soll danach mit einer Regelung auf Gesetzesstufe ersetzt werden. Erfreulich ist, dass bis im Frühling ein Konzept für die Einrichtung einer Verbrauchsreserve für den nächsten Winter erstellt werden soll. economiesuisse hatte in der Vernehmlassung gefordert, dass die Winterreserve technologieneutral ausgerichtet und auch auf die Verbraucher ausgeweitet wird.

24.01.2023: SCHNELLERER AUSBAU DER WINDENERGIE DURCH BESCHLEUNIGTE BEWILLIGUNGSVERFAHREN

Die Energiekommission des Nationalrats will durch Beschleunigung der Bewilligungsverfahren den Bau von Windenergieanlagen forcieren, um rasch eine

zusätzliche Jahresproduktion von 1 TWh erneuerbarer Elektrizität realisieren zu können. Dafür sollen die Baubewilligungen für weit fortgeschrittene Windenergieprojekte vom Kanton erteilt und die damit zusammenhängenden juristischen Verfahren abgekürzt werden. Nachdem das Parlament im letzten Jahr eine Solaroffensive für den Zubau von 2 TWh beschlossen hat, ist es nun folgerichtig, auch den Zubau mittels Windenergie zu beschleunigen. Dies umso mehr, weil bei der Windenergie ein signifikanter Teil der Produktion im Winter anfällt. Mit beschleunigten Verfahren kann die Windenergie einen wichtigen Beitrag für die Versorgungssicherheit in den kritischen Wintermonaten leisten.

23.01.2023: Der Ausbau der Stromnetze muss nicht nur intensiviert, sondern auch klüger erfolgen

Eine neue Studie prognostiziert hohe Kosten, um unsere Stromnetze fit für die Zukunft zu machen. Wichtig ist, dass aber nicht nur mehr, sondern auch klüger gebaut wird. Lesen Sie mehr dazu in unserem Blog.

21.12.2022: Bundesrat klärt Spielregeln für Notstromgruppen und erteilt Strompreis-Interventionismus erneut eine Absage

An seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrat die Verordnung über den Betrieb von Reservekraftwerken und Notstromgruppen in Kraft gesetzt. Damit werden die Spielregeln für die Bereitschaft, Verfügbarkeit und den Einsatz dieser Reservekapazitäten geklärt. Beispielsweise passt der Bundesrat die maximal zulässige Betriebsdauer von Notstromaggregaten an und lockert die Anforderungen an die Luftreinhaltung aufgrund der zu erwartenden Mehremissionen. Diese Ausnahmen gelten allerdings nur für Anlagen, die beim Bundesamt für Energie gemeldet sind. Darüber hinaus unterstützt der Bundesrat das Stromsparziel der EU für 2023 (minus fünf Prozent von Januar bis März und minus zehn Prozent von März bis Dezember, bezogen auf den Durchschnittsverbrauch der letzten fünf Jahre). Zu guter Letzt hat sich der Bundesrat, wie schon am 2. November, gegen interventionistische Massnahmen wie eine «Übergewinnsteuer» ausgesprochen.

20.12.2022: EU zündet «Weihnachtsbooster» für die erneuerbaren Energien

Die EU-Energieminister haben am 19. Dezember eine Notfallverordnung insbesondere zum Bürokratieabbau für Wind und Solar beschlossen. Dies ist eine weitere Massnahme, um schneller vom Import von russischem Gas wegzukommen. Per Notverordnung wird die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien eingeleitet. Damit können Windräder, Solaranlagen und ähnliche Projekte sehr rasch geplant und umgesetzt

werden. Anstelle von ein paar Jahren soll dies neu innert Jahresfrist erfolgen können. Die Planung, der Bau und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie wie auch Speicher und Netzinfrastruktur werden damit als herausragendes öffentliches Interesse verankert. Damit wird der Ausbau massiv beschleunigt werden können. Die Notfallverordnung tritt bereits im Januar 2023 in Kraft und soll zunächst für 18 Monate gelten. Die EU macht's vor und zeigt, dass und wie man schnell handeln kann. Dies täte auch der Schweiz gut.

20.12.2022: EU-Energieminister einigen sich auf Gaspreisdeckel

Nach langen Verhandlungen haben sich die Energieminister der EU-Staaten am 19. Dezember auf einen Gaspreisdeckel geeinigt. Dieser soll greifen, wenn der für Europa relevante Preisindex TTF während mindestens drei Tagen höher als 180 Euro/MWh liegt und die Differenz zum globalen Preis für Flüssiggas (LNG) mindestens 35 Euro beträgt. Dies war letztmals im vergangenen September der Fall. Ein solcher Preisdeckel birgt erhebliche Risiken für die Schweizer Wirtschaft, insbesondere weitere fiskalische Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU, die den Standort Schweiz benachteiligen. Ebenso bestehen Befürchtungen, dass die Deckelung die Märkte destabilisiert und die Versorgungssicherheit Europas schwächt anstatt stärkt. Die genauen Auswirkungen sind jedoch noch nicht abschätzbar. Die Massnahmen treten per 15. Februar 2023 für vorerst ein Jahr in Kraft.

15.12.2022: Stromversorgung – Auch die Nachfrageseite soll sich an der Winterreserve beteiligen können

Seit sich abzeichnet, dass die Energie in diesem und auch im nächsten Winter knapp werden könnte, spriessen die kreativen Einfälle aus dem Boden, um einer allfälligen Notsituation zu begegnen. Eine schon länger kursierende Idee sind finanzielle Anreize für Stromeinsparungen. Auktionen zum Stromsparen können eine sinnvolle Ergänzung der Winterreserve darstellen, wenn sie richtig ausgestaltet werden. Energieintensive Unternehmen sind die prädestinierte Zielgruppe. Aber man muss sich auch den Grenzen des Ansatzes bewusst sein. Mehr dazu in unserem Artikel.

14.12.2022: Bundesamt für Energie publiziert Energiedashboard

Das BFE hat ein Energiedashboard mit wichtigen Informationen rund um die Versorgungssicherheit veröffentlicht. Die Verfügbarkeit von verlässlichen Daten ist ein grosses Problem im Krisenmanagement für die Versorgungssicherheit. Insofern ist dieses Dashboard ein wichtiger Schritt Richtung Energiezukunft. Das

Dashboard hinkt jedoch in vielen Punkten noch den Erwartungen hinterher. Das hat teilweise auch damit zu tun, dass erst ein Drittel der Messpunkte mit Smartmetern ausgerüstet ist. Der Weg zu verlässlichen Daten und evidenzbasiertem Energiemanagement ist noch weit.

12.12.2022: Stellungnahme Vernehmlassung Strommangellage

Die sichere Verfügbarkeit von Strom ist zentral für die Schweizer Wirtschaft und den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickten Verordnungen gehen in die richtige Richtung, bedürfen jedoch einiger wichtiger Anpassungen, um die grössten Schäden von Wirtschaft und Gesellschaft abzuwenden. Die Wirtschaft hat dazu fünf Hauptforderungen:

1. Schweizweite Kontingentierung ermöglichen.
2. Referenzmenge basierend auf dem Mehrjahresdurchschnitt der drei höchsten Verbrauchsmonate der entsprechenden Kalendermonate der letzten fünf Jahre berechnen und Flexibilität stärken (Wachstumskorrektur und Sparkorrektur).
3. Weitergabe von Kontingenten muss bis 2023/2024 zwingend möglich sein.
4. Ausnahmen bei einer Kontingentierung ermöglichen (insbesondere so lange 1. bis 3. nicht gewährleistet sind).
5. Einsatz von Stromaggregaten ermöglichen.

Mehr dazu in der Stellungnahme.

29.11.2022: Gaswirtschaft lanciert heizen-aber-richtig.ch

Die Schweizer Gaswirtschaft zeigt, wie Konsumentinnen und Konsumenten beim Heizen Gas sparen können. In kurzen Videosequenzen werden praktische Tipps vermittelt, wie man konkret vorgehen muss. Auf der neu lancierten Website heizen-aber-richtig.ch sind die Energiespartipps der Gasbranche aufgeschaltet.

28.11.2022: Kluge Antworten auf stark steigende Strompreise

Hohe Strompreise sind für den Wirtschaftsstandort Schweiz eine Herausforderung. Besonders dann, wenn das europäische Ausland enorme Finanzhilfen gewährt und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz leidet. Eine breite Allianz aus Stromproduzenten und -verbrauchenden hat sich auf Initiative von economiesuisse zusammengefunden, um die Folgen der hohen Strompreise zu adressieren. Die beteiligten Organisationen bekennen sich zu marktwirtschaftlichen Instrumenten und erteilen fehlgeleiteten Subventionen und Staatseingriffen, wie wir sie im Ausland beobachten, eine Absage. Mehr dazu in unserer Medienmitteilung.

23.11.2022: Eröffnung Vernehmlassung für eine Strommangellage

Der Bundesrat hat heute die Vernehmlassung zu den Bewirtschaftungsmassnahmen im Falle einer Strommangellage eröffnet. Damit wird endlich Rechts- und Planungssicherheit geschaffen, damit sich die Unternehmen wappnen können. Eine Strommangellage wäre mit enormen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Daher müssen weitergehende Massnahmen wie Kontingentierung oder Netzabschaltungen unbedingt verhindert werden. Falls eine schwere Strommangellage dennoch eintritt, ist der Kontingenthandel für die Unternehmen äusserst wichtig. Dieser ist für diesen Winter leider nur in einem eingeschränkten Rahmen möglich und soll erst im folgenden Winter umfassend sein. Das ist enttäuschend, denn einige Unternehmen werden mit reduzierter Energieversorgung durch Kontingentierung nicht weiterproduzieren können und wären daher dringend auf den Kontingenthandel angewiesen. Daher ist es essenziell, dass der Kontingenthandel für den Winter 23/24 umfassend möglich sein wird.

17.11.2022: Der Weg zu einer sicheren Stromversorgung ist noch weit

Im Moment deutet einiges darauf hin, dass wir diesen Winter nochmals ohne Strommangellage durchkommen. Das sind zwar gute Neuigkeiten, aber der nächste Winter kommt mit Sicherheit. Pünktlich zu Halloween könnte uns also in Zukunft jeden Herbst das Schreckensgespenst der drohenden Strommangellage heimsuchen. Aktuell fehlen uns ziemlich genau 40 bis 50 Terrawattstunden. Lesen Sie mehr dazu im Blogbeitrag von Alexander Keberle.

15.11.2022: Gasversorgung – Notfallplan jetzt veröffentlichen

economiesuisse, GGS, IGEB, IG Erdgas, Swissmem und scienceindustries fordern eine zeitnahe Finalisierung und Veröffentlichung der Verordnungen für den Notfall einer Gasmangellage. Die Wirtschaft braucht mehr Transparenz und Rechtssicherheit. Die Gasversorger und die Verbrauchenden müssen jetzt die genauen Rahmenbedingungen für den Fall einer Mangellage im kommenden Winter kennen, damit sie sich adäquat vorbereiten können. Mehr dazu in unserer Medienmitteilung.

14.11.2022: Neues Merkblatt zur Kurzarbeitsentschädigung im Kontext der Energiemarktlage

Das Seco hat das Merkblatt für Betriebe zur «Kurzarbeitsentschädigung im Kontext der aktuellen Energiemarktlage» überarbeitet. Sie finden dieses unter arbeit.swiss. Neu enthält das Merkblatt Fallbeispiele, die die Handhabung der Kurzarbeitsentschädigung aufzeigen. economiesuisse und der SAV begrüssen diese Aktualisierung und die veranschaulichenden Beispiele.

09.11.2022: Notstromgruppen für den Einsatz im Winter

Der Bundesrat hat heute verkündet, dass das UVEK Verträge für den Einsatz von Notstromgruppen für den kommenden Winter abschliessen kann. Ziel dabei ist, Notstromgruppen mit einer Leistung von insgesamt rund 280 MW unter Vertrag zu nehmen. Flankierend zur Wasserkraftreserve und dem Bau eines Reservekraftwerks in Birr stärkt der Bundesrat damit zusätzlich unsere Versorgungssituation für diesen Winter. economiesuisse unterstützt dieses Vorhaben, denn damit steht bei Bedarf weitere zusätzliche Elektrizität zur Verfügung. Mit dieser Massnahme kann einer möglichen Mangellage im Winter zusätzlich entgegengewirkt werden. Es ist wichtig und richtig, dass der Bundesrat sämtliche verfügbare Optionen miteinbezieht, damit eine drohende Strommangellage und daraus resultierende, erhebliche negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft möglichst abgewendet werden.

09.11.2022: Bundesrat zieht eigene Schweizer Gasspeicher in Betracht

Der Bundesrat hat heute einen Bericht zu möglichen inländischen Gasspeichern (Erdgas, Biogas, Wasserstoff) verabschiedet. Die Schweizer Gasversorgung wird heute vollständig über Importe sichergestellt. Dadurch kann die Versorgungssicherheit nur mit einer diversifizierten Beschaffungsstrategie beeinflusst werden. Durch saisonale Speichermöglichkeiten im Untergrund könnte in den nächsten fünf bis zehn Jahren die Resilienz zusätzlich erhöht werden. Die zuständigen Stellen des Bundes werden nun zusammen mit der Gaswirtschaft die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen prüfen, die für den Bau von solchen Gasspeichern erforderlich sind.

02.11.2022: Stromversorgungslage im Winter angespannt, aber nicht gravierend gefährdet

Laut einer Studie zuhanden des Bundesrats rutschen wir diesen Winter im Bereich Strom wahrscheinlich nochmals durch. Die Situation hat sich etwas entspannt (bspw. Weiterbetrieb KKW in Deutschland) und Reserven in der Schweiz wurden erfolgreich gebildet. Das sind gute Neuigkeiten in der kurzen Frist, aber die Situation für den Winter 2023/24 könnte noch angespannter werden.

28.10.2022: Deckel drauf und gut? Die EU-Energiepreisdeckel und was sie für die Schweiz bedeuten

Europäische Länder haben fast 700 Milliarden Euro zur Abfederung hoher Energiepreise gesprochen. Die EU versucht die Energiepreise zurechtzubiegen. Das birgt Herausforderungen für die Schweiz. Vor allem aber zeigt es, dass es nur drei Prioritäten für die Energiepolitik geben kann: Zubau, Zubau und Zubau. Mehr dazu in unserer Webnews.

26.10.2022: Gute Neuigkeiten: ElCom meldet erfolgreiche Bildung einer Wasserkraftreserve

Die ElCom meldet, dass eine Wasserkraftreserve in der Höhe von 400 GWh gebildet werden konnte – immerhin etwa 50 Prozent der Energie, die beispielsweise das Kernkraftwerk Mühleberg im heikelsten Quartal produziert hätte. Auch die Kosten sind mit etwas unter 300 Millionen Franken nur etwa halb so hoch, wie ursprünglich erwartet. Das sind gute Neuigkeiten für die Versorgungssicherheit, zumal im Vorfeld unklar war, ob überhaupt genügend verfügbare Kapazität für die Bildung einer Reserve bestehen würde.

21.10.2022: Die EU will ab 2023 gemeinsam Gas beschaffen

Die EU-Kommission hat vor Kurzem ein neues «Energiepaket» präsentiert. Um die Energieversorgung zu sichern und die Auswirkungen der hohen Preise zu bekämpfen, möchte die Kommission vier wesentliche Massnahmen umsetzen:

1. Verschiedene «Preisdeckel» sollen helfen, die kurz- und mittelfristigen Gaspreise zu senken.
2. Die unmittelbaren Auswirkungen der noch immer hohen Preise sollen durch zusätzliche finanzielle Transfers an die Mitgliedsstaaten bekämpft werden.
3. Die Mitgliedsstaaten sollen für den Winter 2023/2024 gemeinsam Gas beschaffen, um eine grössere Verhandlungsmacht in die Waagschale werfen zu können.
4. Die Energieinfrastruktur in Europa soll optimiert und schneller ausgebaut werden.

Diese Massnahmen könnten bis im November 2022 definitiv beschlossen werden. Die genauen Auswirkungen auf die Schweiz sind zurzeit noch unklar, wobei die EU-Kommission angedeutet hat, dass sie «Trittbrettfahrertum» durch Drittstaaten zu verhindern gedenke.

20.10.2022: Sparen im Winter ist gut, Zubauen im Sommer ist besser

Eine Energiemangellage im kommenden Winter ist ein realistisches Szenario, das wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abwenden müssen. Für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft wäre eine solche Mangellage verheerend. Unsere Unternehmen gehen bereits heute sehr haushälterisch mit Energie um. Gesellschaft und Wirtschaft haben diesen September zum Beispiel im Vergleich zu den vergangenen Jahren bereits 13 Prozent an Strom eingespart. Auf diesen Erfolgen wollen wir mit der Energiespar-Alliance aufbauen. Am heutigen Gründungsanlass wurde die Alliance mit über 200 Mitgliedern offiziell lanciert. Werden auch Sie heute noch Teil der Energiespar-Alliance!

Effizienzmassnahmen sind wichtig, um durch den Winter zu kommen, jedoch mittelfristig weder eine ausreichende noch nachhaltige Lösung. Wenn wir keine Arbeitsplätze gefährden wollen, braucht es vor allem eins: schnellen Zubau. Wirtschaft und Gesellschaft gehen mit dem Stromsparen in die Vorleistung, jetzt muss die Politik die Rahmenbedingungen für den Zubau liefern.

06.10.2022: Kurzarbeitsentschädigung im Kontext der aktuellen Energiemarktlage

Das Seco hat ein Merkblatt für Betriebe zur «Kurzarbeitsentschädigung im Kontext der aktuellen Energiemarktlage» erstellt. Noch sind allerdings nicht alle wichtigen Punkte geklärt - unsere Partner vom Schweizerischen Arbeitgeberverband wirken hier auf eine Klarstellung hin.

29.09.2022: Wirtschaft begrüsst weitere Beschlüsse beim Mantelerlass

Das Parlament zeigt weiter, dass es «Krise kann» - zumindest mehrheitlich. Heute hat der Ständerat den Mantelerlass weiter beraten und unter anderem beschlossen, eine jährliche Energiereserve per Ausschreibung sowie eine Winterreserve durch Priorisierung der 15 Projekte aus dem «Runden Tisch Wasserkraft» zu bilden. Die Wirtschaft begrüsst beide Schritte ausdrücklich, da sie einen Beitrag zur mittelfristigen Versorgungssicherheit leisten. Das Gleiche gilt für die beschlossenen Effizienzmassnahmen, welche auch einen Beitrag leisten, denn: die beste zusätzliche Terrawattstunde ist die eigesparte Terrawattstunde. Allerdings ist es schade, dass die längst überfällige Strommarktöffnung nicht zustande kommt. Die aktuelle Situation an den Strommärkten ist nämlich kein Zeichen, dass die Strommärkte versagen. Vielmehr im Gegenteil, dass die Strommärkte in einem missglückten Hybrid zwischen Staat und Markt stecken geblieben sind. Hier verpasst das Parlament eine Chance.

26.09.2022: Strompreispolitik: Drei virulente Vorschläge aus dem ökonomischen Giftschrank

Die letzten Monate waren in der Energiepolitik von der Angst um die Verfügbarkeit von Strom im Winter geprägt. Nun dominiert ein neues, mit der Stromknappheit verwandtes Problem die Schlagzeilen: die explodierenden Strompreise. Wann immer es ans Eingemachte geht, spriessen in der Politik Ideen und Massnahmen, die nicht selten erratisch und von Panik getrieben sind. Aktuell kommt erschwerend hinzu, dass sie teilweise auf einem mangelnden Verständnis des hoch komplexen Strommarktes beruhen.

Lesen Sie mehr dazu im Blog von Alexander Keberle.

23.09.2022: Der Bundesrat empfiehlt die Umschaltung von Zweistoffanlagen auf Heizöl und gibt Pflichtlager frei

Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung offiziell die Empfehlung für die Umschaltung von Zweistoffanlagen ausgegeben. Die Umschaltung möglichst vieler Zweistoffanlagen ist ein wichtiger Schritt zur Verringerung des Gasverbrauchs und zur Vorbeugung einer Mangellage. Unternehmen, die dadurch mehr CO_2 oder Luftschadstoffe ausstossen, sollen vor Sanktionen geschützt bleiben. Dies wurde bereits am 16. September durch eine Änderung der Luftreinhalteverordnung und der CO_2-Verordnung festgelegt. Gleichzeitig gibt der Bundesrat die Mineralöl-Pflichtlager frei, um die Versorgung in den kommenden Wochen und Monaten zu gewährleisten.

22.09.2022: Ständerat verpasst Neujustierung beim Mantelerlass

Der Ständerat hat heute den Mantelerlass beraten und ambitionierte Ziele für den Ausbau von erneuerbaren Energien gesetzt. Leider konnte er sich aber nicht dazu durchringen, den mutigen Schritt seiner Kommission zur Deblockierung der Verfahren nachzuvollziehen. Der Ständerat verpasste es, die Interessensabwägung zwischen Nutz- und Schutzinteressen neu zu justieren. Ob dies für den notwendigen grossen Wurf für die Versorgungssicherheit reicht, ist mehr als fraglich.

22.09.2022: Stellungnahme zu den Verordnungsentwürfen für den Fall einer Gasmangellage

Gas ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz ein zentraler Energieträger und Grundstoff. Für die Mehrheit der produzierenden Unternehmen und auch für viele Firmen im Dienstleistungssektor wäre eine schwere Gasmangellage existenzbedrohend. Entsprechend begrüsst es economiesuisse, dass die Verordnungen für den Ernstfall endlich vorliegen. Schnelle Rechts- und Planungssicherheit ist für die Firmen entscheidend. Dennoch werden die Verordnungsentwürfe den betrieblichen Realitäten der Schweizer Wirtschaft leider kaum gerecht. Es besteht entsprechend an vielen Stellen Anpassungsbedarf.

Zur Stellungnahme

16.09.2022: Botschaft zur Revision des CO_2-Gesetzes verabschiedet

Nachdem das totalrevidierte CO_2-Gesetz im letzten Jahr von der Schweizer Bevölkerung abgelehnt wurde, hat der Bundesrat heute die Botschaft zum revidierten CO_2-Gesetz verabschiedet. Das Gesetz soll von 2025 bis 2030 gelten und hat zum Ziel, die Treibhausgase bis 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. Ein Drittel der Emissionseinsparungen kann dabei im Ausland erfolgen. Dank dem Abschluss mehrerer bilateraler Abkommen hat die Schweiz die Voraussetzungen dafür geschaffen.

Für die Reduktion von Treibhausgasen und im Hinblick auf das Netto-Null-Ziel im Jahr 2050 ist es wichtig, dass die Schweiz möglichst rasch ein revidiertes CO_2-Gesetz erhält. Gleichzeitig gilt es aber auch, den Willen der Bevölkerung zu berücksichtigen. Daher ist es richtig, dass das neue Gesetz keine neuen oder höheren Abgaben beinhaltet. Die Wirtschaft begrüsst ausdrücklich, dass nun neu allen Unternehmen die Möglichkeit offensteht, eine Verpflichtung zur Reduktion von Emissionen einzugehen und sie damit im Gegenzug die CO_2-Abgabe rückerstattet erhalten können.

16.09.2022: Strom aus Frankreich – Sparanstrengungen wichtig für die Versorgungssicherheit

Die französische Übertragungsnetzbetreiberin RTE hat diese Woche in einem Bericht zur Winterversorgung 2022/2023 festgehalten, dass das Risiko einer Mangellage bewältigt werden könne. Entscheidend seien dafür die Sparanstrengungen auf der Verbrauchsseite: Bei einer Nachfragereduktion von einem bis fünf Prozent geht RTE davon aus, dass die Versorgungssicherheit in fast allen Szenarien gewährleistet ist. In einem extrem kalten Winter brauche es hingegen 15 Prozent weniger Nachfrage, um auf der sicheren Seite zu sein. Der Verbrauch in Frankreich hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Schweiz. Je besser die inländische Versorgung im Winter, desto mehr Strom kann unser Nachbarland exportieren. Die aktuelle Verbrauchssituation in Frankreich ist online einsehbar: https://www.monecowatt.fr/

16.09.2022: Mantelerlass: Wichtig für die Versorgungssicherheit

Der Bundesrat hat mit dem sogenannten «Mantelerlass» eine umfassende Revision des Energiegesetzes und Stromversorgungsgesetzes ins Parlament geschickt. Dieser Mantelerlass will die Rahmenbedingungen für den inländischen Zubau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien und damit die Stromversorgungssicherheit in der Schweiz verbessern.

Zum Artikel

15.09.2022: EU will Gewinne aus der Stromproduktion abschöpfen

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat gestern verkündet, dass die 27 EU-Regierungen die hohen Gewinne von Stromproduzenten, welche günstig produzieren können, abschöpfen wollen. Die eingenommenen Mittel sollen danach an die am stärksten betroffenen Haushalte und an Unternehmen sowie an Industrien mit hohem Energiebedarf verteilt werden. Insbesondere sollen die Einnahmen von Öko-, Atom- und Kohlestromkraftwerken in der ganzen EU bei 180 Euro pro Megawattstunde gedeckelt werden. Die Differenz zwischen Börsenpreis und dieser Obergrenze soll dann an die Regierungen fliessen. Zudem sollen Öl-, Kohle- und Gaskonzerne Teile ihrer Profite abtreten.

Bezüglich der praktischen Umsetzung dieser Pläne gibt es aber noch viele Fragezeichen. Staatliche Preisregulierungen und Markteingriffe können problematisch und riskant sein. Bei einem solchen Eingriff in den Strommarkt besteht zum Beispiel die Gefahr, dass die nötigen Anreize für zusätzliche Investitionen in erneuerbare Energien verschwinden. Dem aktuellen Mangel an günstigem Strom in Europa dient das sicherlich nicht, doch zusätzliche Stromproduktion wäre nun nötig.

06.09.2022: Stromversorgungssicherheit: Rettungsschirm ist wichtig für Axpo

Der Bundesrat hat den Rettungsschirm mittels Notverordnung aktiviert und stellt der Axpo einen Kreditrahmen im Umfang von 4 Milliarden Franken zur Verfügung. economiesuisse begrüsst diesen Schritt, denn es ist wichtig, dass die Axpo auch weiterhin ihren wichtigen Beitrag an die Versorgungssicherheit leisten kann.

Zum Artikel

14.09.2022: Mangellage: Schweizer Firmen kämpfen mit Lieferengpässen und Energieknappheit

Die jüngste Umfrage von economiesuisse zeigt, dass es der Schweizer Wirtschaft weiterhin an wichtigen Vorprodukten fehlt. Die Situation hat sich über den

Sommer nur leicht entspannt. Bereits kündigt sich die nächste Mangellage an: Jedes dritte befragte Unternehmen kämpft zurzeit mit Problemen bei der Energiebeschaffung. Und die Aussichten lassen nichts Gutes erahnen. Ein Grossteil der Schweizer Wirtschaft befürchtet in den kommenden Monaten einen noch stärkeren Anstieg der Strompreise – viele Betriebe rechnen gar mit Rationierungen. Und trotz betrieblicher Anpassungen: Drei von fünf befragten Firmen sind nicht ausreichend auf einen Gas- und Strommangel vorbereitet.

Zum Artikel

13.09.2022: Parlament im Grundsatz für den Rettungsschirm für Stromunternehmen

Der Nationalrat hat heute den mit zehn Milliarden Franken ausgestatteten Rettungsschirm für Stromunternehmen grundsätzlich angenommen. Der Ständerat hatte dazu bereits im Juni Ja gesagt. economiesuisse begrüsst diesen Entscheid. In Anbetracht der Marktturbulenzen ist eine sichere Stromversorgung zentral und muss auch in aussergewöhnlichen Situationen gewährleistet werden können. Der Bundesrat hatte den Rettungsschirm bereits vor der Debatte im Nationalrat mittels Notverordnung aktiviert, da die Axpo ein Gesuch dafür eingereicht hatte. Mit dem Ja des Nationalrats zeichnet sich nun ab, dass die Notverordnung vom Bundesrat durch ein dringliches und bis Ende 2026 befristetes Gesetz abgelöst werden kann.

02.09.2022: Gaslager in den EU-Staaten sind zu 80 Prozent gefüllt. Also viel Geschrei um nichts?

Ende Juni hat die EU die Gasspeicher-Verordnung beschlossen. Diese sieht vor, dass die unterirdischen Gasspeicheranlagen in den Mitgliedstaaten bis zum 1. November 2022 zu mindestens 80 Prozent gefüllt sein müssen. Im nächsten Jahr sollen es dann 90 Prozent sein. Wie sich nun zeigt, haben in letzter Zeit die Füllstände in den einzelnen EU-Staaten deutlich zugelegt.

Zum Blog

01.09.2022: mangellage.ch ist online!

Seit heute ist die Plattform www.mangellage.ch für den Handel mit Verbrauchsrechten (Kontingenten) mit erweiterter Funktionalität aufgeschaltet. Die französisch- (www.penurie.ch) und italienischsprachigen (www.penuria.ch) Versionen sind ebenfalls publiziert. Auf der Website können Sie sich registrieren – als Mitglieder mit reduziertem Beitrag –, um aus erster Hand die aktuellsten Informationen zum Stand der Energieversorgung zu bekommen.

26.08.2022: Die Strompreise steigen massiv – was tun?

Die steigenden Strompreise treffen Private und Unternehmen hart, oft ist von einer regelrechten «Strompreisexplosion» zu lesen. Für vormals gesunde Unternehmen kann die Produktion plötzlich unrentabel werden, besonders bei energieintensiven Unternehmen. Auch Haushalte erfahren eine grosse Mehrbelastung, wobei durch die Grundversorgung ein gewisser Schutz besteht. Nichtsdestotrotz können Menschen mit tiefen Einkommen im schlimmsten Fall in die Energiearmut abrutschen. Die Situation ist ernst.

Zum Artikel

15.08.2022: Die Energiekrise erlaubt überfällige Kurskorrekturen

Eine durchdachte und tragfähige Energiepolitik schafft den Ausgleich zwischen den Zielgrössen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Dieses fragile Gleichgewicht ist jedoch aus den Fugen geraten: Die Versorgungssicherheit mit Strom ist vielleicht schon diesen Winter gefährdet und die Preise gehen durch die Decke. Und mit den hierzulande wohl nötigen Gas- sowie Ölkraftwerken hat auch das Klima das Nachsehen. In Deutschland sollen sogar Braunkohlekraftwerke reaktiviert werden.

Zum Artikel

05.08.2022: Gasversorgung: Das schlägt die Schweizer Wirtschaft im Hinblick auf den kommenden Winter vor

Positionspapier zur Mangellage

29.07.2022: Energiemangellage: Mit betriebsoptimierenden Massnahmen Risiken verkleinern

Mittels Zielvereinbarungen mit der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) arbeiten Unternehmen in der Schweiz seit über 20 Jahren erfolgreich daran, ihre Energieeffizienz stetig zu verbessern. Sie tragen so auch aktiv dazu bei, die Risiken bei einer Mangellage zu minimieren. Aktuell sind die Herausforderungen für viele Betriebe dennoch gross. Für den Umgang mit Zielvereinbarungen in einer ausserordentlichen Lage wären klare Regeln erwünscht.

Zum Artikel

29.06.2022: Gasmangellage bedroht Wirtschaft und Gesellschaft: Alle müssen am gleichen Strick ziehen

economiesuisse, Swissmem und scienceindustries unterstützen die Bestrebungen des Bundes und der Gasbranche zur Sicherung der Gasversorgung. Eine Gasmangellage würde grosse wirtschaftliche und gesellschaftliche Schäden verursachen. Damit die Schweiz auf den kommenden Winter vorbereitet ist, heisst es nun: dranbleiben und zwei Gänge höher schalten! Alle müssen im Kontingentierungsfall einen Beitrag leisten. Ebenso müssen alle Verbraucher frühzeitig sensibilisiert, beraten und unterstützt werden. Die Wirtschaft bietet diesbezüglich Hand für einen gemeinsamen Effort.

Zum Artikel

22.04.2022: Kraut, Rüben und Chabis in der Energiepolitik

Die Diskussionen um die Zukunft unserer Energieversorgung sind komplex, unübersichtlich und zuweilen diffus. Für die Wirtschaft bleibt sonnenklar: Versorgungssicherheit ist unser höchstes Gut.

Zum Blog

30.03.2022: FÜNF GRUNDPFEILER FÜR EINE SICHERE STROMVERSORGUNG

Die Stromversorgungssicherheit der Schweiz ist gefährdet: Bereits ab 2025 drohen gemäss Elcom Stromlücken. Neben dem humanitären Desaster hat der Krieg in der Ukraine die Verletzlichkeit der Energieversorgung aufgezeigt. Für

eine sichere, nachhaltige und wirtschaftliche Stromversorgung schlagen economiesuisse, scienceindustries und Swissmem fünf Grundpfeiler sowie konkrete Anpassungen des Mantelerlasses (Revision Stromversorgungs- und Energiegesetz) vor. Lesen Sie mehr dazu in unserer Medienmitteilung.